12.11.2015

**HRK-Mitgliederversammlung zum Forschungsdatenmanagement:
Verantwortung von Hochschulen und Politik**

Digitale Daten gewinnen in der Forschung ständig an Bedeutung. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen eine Umgebung, in der sie diese Daten effizient, unkompliziert und rechtlich abgesichert austauschen und nutzen können. Wie Hochschulleitungen das Forschungsdatenmanagement voranbringen können, zeigt nun eine umfangreiche Empfehlung auf, die von der Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am Dienstag in Kiel verabschiedet wurde. Bereits im Mai 2014 hatte das Gremium diese Aufgabe zu einer zentralen strategischen Herausforderung für die Hochschulspitzen erklärt.

Die Empfehlung macht aber auch die Verantwortung der Politik deutlich, die Rahmenbedingungen für ein kosteneffizientes, national und international abgestimmtes sowie langfristig tragfähiges Forschungsdatenmanagement zu schaffen. Die Mitgliederversammlung fordert die Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, sowohl eine koordinierende Rolle beim Aufbau übergreifender Infrastrukturen für das Forschungsdatenmanagement zu übernehmen als auch die notwendige Finanzierung zu sichern.

Als einen entscheidenden Schlüssel auf allen Ebenen sieht die HRK eine stärkere Kooperation. Deshalb solle die Finanzierung so gestaltet werden, dass zusätzliche Anreize für die Zusammenarbeit von Hochschulen sowohl innerhalb der Länder als auch länderübergreifend gesetzt werden. Die Länder sollten verstärkt in gemeinsamen Initiativen zusammenarbeiten. Gleichzeitig müssten die Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern nach dem neu gefassten Artikel 91 b Grundgesetz genutzt werden.

Text der Empfehlung